

# Der „IMI“ – oder wie man mit untauglichen Mitteln Integrationspolitik gestalten will



Peter Rohland

„Die Türken verweigern sich der Integration.“ Auf diese Kurzformel brachte die „Welt am Sonntag“ vom 1. Februar 2009 das Ergebnis der Integrationsstudie des Berlin-Instituts. Wie kommt das Institut zu diesem Befund? Es hat ihn aus dem von ihm entwickelten Index zur Messung von Integration – kurz „IMI“ – abgeleitet. Mit diesem Index werden spezifische Stärken

und Schwächen einzelner Herkunftsgruppen (und -kulturen) herausgestellt. Dieses „Stärke-Schwächen-Profil“ leitet sich – in Anlehnung an die spektakulären Pisa-Studien – aus einem Indikatorenset ab, das für eine erfolgreiche Integration als besonders relevant gelten muss. Hierzu zählen Leistungsfaktoren wie Bildung, Assimilation, Erwerbsleben, Absicherung und dynamische Indikatoren, die wiederum in einer Skala von Eins für „missglückte Integration“ bis Acht für „gelungene Integration“ gewichtet zu einem Indexwert führen. Das Fazit dieser „Operation“ ist: Türken sind „halb so gut integriert“ wie die Aussiedler und die EU-Zugewanderten.

Nun sind die aus dem Mikrozensus entnommenen Indikatoren selbst nicht in Frage zu stellen. Die Jugenderwerbslosenquote der Türken ist nun einmal mit 28 Prozent um 10 Prozent höher als die der Aussiedler. Doch welchen Beitrag leisten die Indikatoren des „IMI“ für eine Integrationspolitik, die – wie in den Leitlinien des nationalen Integrationsplans aufgezeigt – den künftigen Schwerpunkt der Integrationsarbeit in der Stärkung der Potenziale der Migranten und nicht – wie bisher – in ihren Defiziten sieht. Aussagen hierzu finden sich auf keiner der rund neunzig Seiten umfassenden Studie. Allerdings ist es auch nicht ihr Anliegen (dem Titel der Studie „Ungenutzte Potenziale“ zum Trotz), Potenziale der Migranten zu identifizieren. Vielmehr will das Berlin-Institut nach seinem selbst formulierten Anspruch Konstellationen benennen, die eine gelungene Integration vereiteln und somit auf diesem Wege dazu beitragen, „verhärtete Strukturen aufzulösen“. Aber auch diesen Anspruch wird der vom Institut entwickelte „IMI“ nicht einlösen können. Wer glaubt, Migranten nach Herkunftskulturen bzw. -ethnien „clustern“ zu können, um auf dieser Grundlage sachgerechte Integrationsangebote zu entwickeln, wird der vielfältigen Lebenswirklichkeit und damit der Integrationsbereitschaft der Migranten nicht gerecht.

Wie in der jetzt vorliegenden repräsentativen Studie des Heidelberger Instituts Sinus-Sociovision für den vhw eindrucksvoll nachgewiesen werden konnte, entscheidet nicht die Herkunftskultur über den Stand und die Bereitschaft zur Integration bei den Bürgern mit Migrationshintergrund, sondern die Zugehörigkeit zu einer Lebenswelt, einem „Migrantenmilieu“. In diesen Lebenswelten wird die grundsätzliche Wertorientierung der Betroffenen ebenso abgebildet wie zentrale Einstellungsmuster und Verhaltensschwerpunkte. Wie beurteilt sich die Frage der Integrationswilligkeit und -fähigkeit „der Türken“, legt man die Migrantenmilieus zu Grunde? Nach der Sinus-Studie zählen weniger als ein Fünftel der Türken zum integrationsfernen religiös verwurzelten Milieu und damit zu den „eisernen“ Integrationsverweigerern. Eine relative Mehrheit von gut vierzig Prozent ist hingegen bürgerlichen und aufstiegsorientierten Milieus mit hoher Integrationsneigung zuzuordnen. Die Gleichung „Türke gleich Integrationsprobleme“ geht also schon auf den ersten Blick nicht auf. Es bedarf einer differenzierten Betrachtung.

Die Zielsetzung im nationalen Integrationsplan, den Weg von einer kompensatorischen Integrationspolitik hin zu einer aktivierenden Integrationspolitik zu beschreiten, kann durch den Rückgriff auf die Lebensstilforschung eine deutliche Unterstützung erfahren. Denn diese Neujustierung der Integrationspolitik muss der Perspektive der Migranten einen angemessenen Stellenwert einräumen. Dies setzt wiederum voraus, dass sie die Werte und Einstellungen der Migranten identifiziert und zur Kenntnis nimmt. Ohne diesen Zugang wird der mit dem Politikwechsel versprochene partizipative Handlungsrahmen nicht einzulösen sein.

Peter Rohland  
Hauptgeschäftsführer des vhw e.V.